



Unser NRW. Auf einem guten Weg.
Ein Jahr neue Landesregierung in
Nordrhein-Westfalen

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen
Stadttor 1, 40190 Düsseldorf
Telefon 0211 837-01
poststelle@stk.nrw.de

V.i.S.d.P.
Regierungssprecher Thomas Breustedt



Unser Nordrhein-Westfalen. Zusammen. Stark.

Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen haben der Politik bei der Landtagswahl am 9. Mai 2010 eine Aufgabe zur Regierungsbildung gestellt, die schwer zu lösen war. Am Ende eines langen Sondierungsprozesses stand die Bildung einer Minderheitsregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Das ist für beide Partner ein neuer, nicht nur für NRW ungewöhnlicher Weg.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen vertreten ein Zukunftskonzept für Nordrhein-Westfalen, das mutige Schritte auf dem Weg der sozialen und ökologischen Erneuerung geht. Wir stellen uns der Verantwortung.

Nach einem Jahr lässt sich feststellen, dass die Mehrheitsbildung eine Herausforderung ist – in erster Linie für die Koalitionsfraktionen im Parlament. Aber auch die Opposition steht vor der Aufgabe, die Chancen dieser neuen Herausforderung zu erkennen.

Beide Seiten, Regierung und Opposition, sind gleichermaßen verpflichtet, den konstruktiven Dialog in den Mittelpunkt der parlamentarischen Debatte zu stellen. Das gelingt sehr oft, aber nicht immer. Die Menschen im Land begrüßen die Bereitschaft der Regierung zu einem breiten und offenen gesellschaftlichen Dialog. Denn dies stärkt insgesamt die Demokratie in unserem Land.

Die Landesregierung hat bereits in ihrem ersten Regierungsjahr wichtige Weichenstellungen eingeleitet und umgesetzt. Wir wollen eine gute Zukunft Nordrhein-Westfalens gestalten – in gemeinsamer Verantwortung für unser Land. Nur zusammen sind wir stark.

1	Eckpunkte unserer Politik.	S. 04
2	Was wir bisher erreicht haben.	S. 06
3	Unser NRW – weiter auf einem guten Weg.	S. 20

1

Eckpunkte unserer Politik.



Die Landesregierung stellt die wichtigsten Zukunftsfragen ganz nach vorne: Bildung und Teilhabe, ökologische Erneuerung, handlungsfähiger Staat und Kommunen. Mit unserem Ansatz der Vorbeugung wollen wir bestmögliche Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen und langfristig handeln, damit wir nicht kurzfristig und teuer reparieren müssen. Unsere Ziele heißen dabei:

- Kein Kind mehr zurücklassen
- Mehr Teilhabe und Zusammenhalt
- Neuer ökologischer Aufbruch
- Kommunen stärken

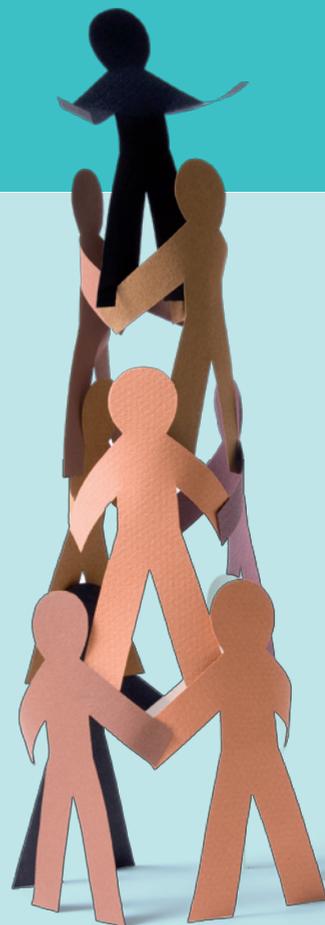
Dabei handeln wir nach dem Prinzip: „Aus Betroffenen Beteiligte machen“.

Wir wollen mit unserer Politik ein NRW schaffen,

- das wirtschaftlich stark und ökologisch gesund sein soll,
- das beste Bildung für alle durch ein gerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem ermöglicht,
- das „Gute Arbeit“ mit fairer Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen verwirklicht,
- in dem die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und gezielte Investitionen in Zukunft kein Widerspruch sind, sondern zusammengehören.

2

Was wir bisher erreicht haben.



Unser NRW – Land der besten Bildungschancen

„Investitionen in Bildung sind ein nachhaltiger und wesentlicher Beitrag zur Vermeidung von ‚sozialen Reparaturkosten‘ und Verlusten an Wirtschaftswachstum.“ Diese zentrale Schlussfolgerung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bildungskonferenz vom 20. Mai 2011 ist unsere Leitlinie in der Bildungspolitik.

Wir wollen, dass alle Kinder von Beginn an gefördert und unterstützt werden, dass alle Talente mitgenommen werden. Es ist unbestritten: Bildung ist der Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit und die Entfaltung der Persönlichkeit. Deshalb haben wir auf die Förderung junger Menschen einen besonderen Schwerpunkt gelegt:

- Die Betreuungsplätze für unter Dreijährige werden von rund 76.000 bei Regierungsübernahme auf 144.000 bis zum Jahr 2013 mit Landesmitteln in Höhe von 400 Millionen Euro nahezu verdoppelt. Damit erfüllen wir 2013 fristgerecht den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ein- und zweijährige Kinder. Hierdurch können mehr Eltern am Erwerbsleben teilhaben, wenn sie es wünschen.

- „Mehr Qualität und weniger Elternbeiträge“, das ist der Grundgedanke der ersten Stufe zur Revision des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Wir wollen die Qualität in den Einrichtungen durch eine verbesserte Personalausstattung bei der Betreuung der unter Dreijährigen verbessern. 100 Millionen Euro stellt die Landesregierung allein für die Qualitätsverbesserung zur Verfügung. Wir stellen zudem das letzte Kita-Jahr beitragsfrei und legen den Grundstein für eine gebührenfreie Bildung von Anfang an. Dies ist ein wichtiger Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit und zur finanziellen Entlastung von Familien und Kommunen.

- Mit der Möglichkeit, 1.525 Lehrerstellen sofort zu besetzen, haben wir einen wichtigen Beitrag geleistet, bessere Qualität auch an unseren Schulen zu bieten. Seit Regierungsübernahme haben wir insgesamt schon 2.078 neue Lehrerstellen geschaffen.

- Direkt nach Regierungsantritt im Juli 2010 hat die Landesregierung ein Schul-Sofortprogramm beschlossen: Die Grundsulgutachten zum Übergang in weiterführende Schulen sind damit nicht mehr verbindlich. Das ermög-



licht nicht nur den Eltern wieder, über die Schullaufbahn ihres Kindes mit zu entscheiden, sondern lässt auch mehr Raum für die individuelle Entfaltung unserer Kinder. Auch der Wegfall von Kopfnoten wurde wie versprochen umgesetzt. Zudem können die Kommunen bei Bedarf die Grundschulbezirke wieder einführen, um Schülerströme besser zu steuern und um dem Prinzip „Kurze Wege“ Priorität einzuräumen.

- Die von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Schulministerin Sylvia Löhrmann gemeinsam einberufene Bildungskonferenz „Zusammen Schule machen für NRW“ hat im Mai 2011 ihre Empfehlungen zur Schule der Zukunft vorgestellt. Hierin wurden u.a. Vorschläge zur bestmöglichen individuellen Förderung und zur Schulstruktur in Zeiten des demografischen Wandels gemacht. Damit steht die Tür für einen Schulkonkurrenz in Nordrhein-Westfalen offen.

- Zum Schuljahresbeginn 2011/2012 gehen die ersten zwölf Gemeinschaftsschulen an den Start. Sie werden ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfeste Schulentwicklung sein, die längeres gemeinsames Lernen, mehr individuelle Förderung und mehr Durchlässigkeit

möglich macht. Die große Nachfrage vor Ort (aktuell 100 weitere Interessensbekundungen) macht deutlich, dass die Gemeinschaftsschule große Akzeptanz findet und insbesondere im ländlichen Raum eine wohnortnahe Schulversorgung ermöglicht.

- Wir bauen den Ganzttag weiter aus. In einem ersten Schritt wurden die seit 2003 unveränderten Fördersätze im Bereich der Offenen Ganzttagsschule im Primarbereich (OGS) zum 1. Februar 2011 um 14 Prozent erhöht. Pro Kind und Schuljahr wurden die Fördersätze von 615 auf 700 Euro und bei Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf von 1.230 auf 1.400 Euro angehoben. Damit sind wir dem Ziel, Kindern und Jugendlichen mehr Bildungschancen zu eröffnen und Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, ein gutes Stück näher gekommen.

- Wir haben die Demokratie an den Schulen gestärkt, indem wir die Zusammensetzung der Schulkonferenz verändert haben. Künftig sind Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer wieder zu gleichen Teilen in der Schulkonferenz der weiterführenden Schule vertreten (Drittelparität).

- Über den Bundesrat hat die Landesregierung deutliche Verbesserungen für unterstützungsbedürftige Kinder beim Bildungs- und Teilhabepaket erreicht, z.B. durch zusätzliche Schulsozialarbeiter, ein Schulbedarfspaket, Lernförderung oder Essenzuschüsse.

- Wir haben die Kinder- und Jugendarbeit als eigenständiges Politikfeld gestärkt. Dazu haben wir einen neuen Kinder- und Jugendförderplan verabschiedet und die Mittel um 20 Prozent auf 100 Millionen Euro pro Jahr erhöht.

- Mit dem Beschluss des Ausbildungskonsenses vom 10. Februar 2011 erhalten alle Jugendlichen die Chance, möglichst rasch eine Ausbildung zu beginnen. Mit diesem vorbeugenden Ansatz wollen wir den Erfolg von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt möglich und Übergangsangebote sowie Warteschleifen weitgehend überflüssig machen.

- Die Landesregierung hat ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, damit die Schülerinnen und Schüler des doppelten Abiturjahrgangs 2013 gute Zukunftschancen haben. Da wegen der geburtenstarken Jahrgänge die Zahl der Anfänger auch in den Folgejahren hoch

bleibt, investiert das Land bis zum Jahr 2020 ein Gesamtvolumen von mehr als zehn Milliarden Euro für zusätzliches Personal für Lehre und Betreuung, die Anmietung und den Bau weiterer Gebäude, den Ausbau von Mensen und Wohnheimen und die Erweiterung der Ausstattung von Bibliotheken und Laboren.

- Durch die Abschaffung der Studiengebühren wurde eine entscheidende finanzielle und soziale Hürde für die Aufnahme eines Studiums beseitigt. Die Hochschulen erhalten dauerhaft Kompensationsmittel in Höhe von 249 Millionen Euro pro Jahr zur Verbesserung der Qualität der Lehre.

- Die Hochschulvereinbarung ist unterzeichnet: Danach werden die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen von Sparmaßnahmen im Landeshaushalt ausgenommen. Die Vereinbarung garantiert den Hochschulen und Universitätskliniken finanzielle Planungssicherheit. Sie erhalten bis 2015 eine Grundfinanzierung von mindestens 4,5 Milliarden Euro im Jahr.



Unser NRW – Land der Teilhabe und des Zusammenhalts

Die Landesregierung will den sozialen Zusammenhalt und das gleichberechtigte Zusammenleben in NRW stärken. Wir wollen ein solidarisches, menschliches NRW, in dem die Menschen gerne leben, sich sicher fühlen und die Rahmenbedingungen vorfinden, die ihnen bestmögliche Entfaltungschancen bieten. Fehlentwicklungen sollen möglichst frühzeitig erkannt und vermieden werden, damit später nicht umso höhere Reparaturkosten anfallen.

- Auf diesem Weg haben wir eine erste Standortbestimmung vorgenommen und – bundesweit erstmalig – soziale Folgekosten für die öffentlichen Haushalte aufgrund mangelnder Hilfen im Kinder- und Jugendbereich berechnen lassen. Danach belaufen sich die jährlichen Reparaturkosten allein für NRW auf insgesamt fast 24 Milliarden Euro. Daher geht es jetzt darum, den Grundsatz „Vorsorge ist besser als Nachsorge“ in praktische Politik umzusetzen.

- „Früh helfen statt später strafen“ – unter diesem Motto wurde das Projekt „Kurve kriegen“, initiiert. Pädagogische

und psychologische Fachkräfte werden in Teams der Polizei eingebunden, um der Jugendkriminalität nachhaltig vorzubeugen. Das Projekt ist mit Mitteln in Höhe von 4,75 Millionen Euro am 1. Juni 2011 in sechs Kommunen und zwei Kreisen gestartet.

- Wir haben die Altersstruktur der Polizei und die Sicherheit der Bevölkerung durch die Neueinstellung von jährlich 1.400 Polizeibeamtinnen und -beamten verbessert; finanzieller Rahmen: 2,4 Millionen Euro in 2011.

- Kommunen und Verkehrsverbände, die ein Sozialticket einführen, werden beim Start bereits in 2011 mit insgesamt bis zu 15 Millionen Euro und anschließend ab 2012 jährlich mit bis zu 30 Millionen Euro vom Land unterstützt.

- Der wichtigste Partner des Landes in der Sportpolitik ist der organisierte Sport, insbesondere der Landessportbund mit seinen fünf Millionen Mitgliedern und 20.000 Vereinen. Deshalb haben wir gemeinsam mit ihm in einem Pakt für den Sport die Grundlagen dafür gelegt, dass alle Menschen in unserem Land – vor allem auch Kinder und Jugendliche – einen guten Zugang zum Sport finden. Hierfür stellt das Land drei Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

- Kinderlärm ist Zukunftsmusik: Nicht nur leise spielende Kinder gehören zu einer lebendigen Gesellschaft – das haben wir jetzt im Landesimmissionsschutzgesetz klargestellt.

- An die Stelle des Programms „Kein Kind ohne Mahlzeit“ tritt das so genannte Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder aus Familien, die Hartz IV beziehen. Es sieht für die Mittagsverpflegung einen Eigenanteil von einem Euro pro Familie je Kind und Mahlzeit vor. Das Bildungs- und Teilhabepaket ermöglicht einem wesentlich größeren Personenkreis die Teilhabe am gemeinsamen Mittagessen, als es im Rahmen des Landesfonds möglich war. Nordrhein-Westfalen legt aber ab 1. August 2011 einen neuen Landesfonds mit Landesmitteln in Höhe von 3,5 Millionen Euro für rund 4.500 Kinder und Jugendliche in Kindertagesbetreuung und in Schulen auf, die an einer gemeinsamen Mittagsverpflegung teilnehmen und keine Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten (z.B. Kinder von Eltern, die einen Asylantrag gestellt haben).

- Das EU-Schulobstprogramm an über 450 Schulen in Nordrhein-Westfalen wird ausgebaut: Im neuen Schuljahr 2011/2012 werden 100 Schulen zusätzlich ins Pro-

gramm aufgenommen. Das Budget ist dafür im Haushalt 2011 um 500.000 auf 2,5 Millionen Euro erhöht worden. Die EU unterstützt die gesunde Ernährung von Schülerinnen und Schülern mit dem gleichen Betrag, sodass für die zweite Runde des Schulobstprogramms insgesamt fünf Millionen Euro zur Verfügung stehen.

- Das „Kindermedienland NRW“ kommt. An dem Projekt „ZeitungsZeit Nordrhein-Westfalen“ haben mehr als 50.000 Jungen und Mädchen teilgenommen. Sie haben drei Monate lang jeden Tag eine kostenlose Tageszeitung erhalten. Dieses Projekt erfährt im Herbst eine neue Auflage. Der „Medienpass NRW“ zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen wird zurzeit in einer Online-Konsultation intensiv vorbereitet.

- Das Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft von gleichgeschlechtlichen Paaren mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht zeigt, dass wir es ernst meinen mit dem gleichberechtigten Zusammenleben in NRW.

- Nach jahrelangen Gesprächen haben die Landesregierung und der Koordinationsrat der Muslime eine gemeinsame Er-



klärung zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts unterzeichnet. Damit haben wir einen echten Durchbruch erreicht. Ziel ist die Einführung des islamischen Religionsunterrichts zum Schuljahr 2012/2013.

- Die „Theaterkonferenz“ mit NRW-Städten ist gestartet. Sie erarbeitet bis Herbst 2011 Vorschläge zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur. Der Landeshaushalt sieht 2011 hierfür insgesamt 14,5 Millionen Euro als Theaterförderung vor.

Unser NRW – Land der starken Kommunen und Bürgerbeteiligung

Starke Städte und Gemeinden sind Grundvoraussetzung für jede Form der Teilhabe an unserem Gemeinwesen. Kommunen sind Partner auf Augenhöhe. Sie haben ein Recht auf eine verlässliche Zusammenarbeit. Dazu brauchen die Kommunen Rahmenbedingungen, die ihnen ihre Gestaltungskraft zurückgeben. Von insgesamt 427 Gemeinden, Städten und Kreisen in Nordrhein-Westfalen waren 164 Kommunen dazu verpflichtet, im laufenden Haushaltsjahr ein Haushaltssicher-

ungskonzept aufzustellen, das nur in 26 Fällen genehmigt werden konnte. Die anderen 138 Kommunen befinden sich dauerhaft im Nothaushaltsrecht. Das beweist den dringenden Handlungsbedarf. Die Landesregierung nimmt diese Situation sehr ernst. Sie hat mit zahlreichen Maßnahmen den finanziellen Handlungsrahmen der Kommunen gestärkt und gleichzeitig für die Bürgerinnen und Bürger mehr Möglichkeiten zur Beteiligung geschaffen:

- Mit dem Aktionsplan Kommunal Finanzen wurden den Kommunen noch in 2010 300 Millionen Euro als Soforthilfe zur Verfügung gestellt; im Haushalt 2011 kommen über den Stärkungspakt Stadtfinanzen zur gezielten Unterstützung besonders notleidender Städte und Gemeinden weitere 350 Millionen Euro hinzu.

- Im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2011 hat die Landesregierung eine längst überfällige Aktualisierung der Datengrundlage vorgenommen. Maßgeblich für die Berechnungen sind nun die neuesten statistischen Daten aus dem Jahr 2008 und nicht mehr die veralteten Daten aus dem Jahr 1999, die noch dem GFG 2010 zugrunde gelegen hatten.

Dadurch haben wir für eine gerechtere Verteilung der Landesmittel gesorgt.

- Wir haben mit der Änderung der Gemeindeordnung die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunalwirtschaft erhalten und die Wettbewerbsbeschränkungen für kommunale Stadtwerke wieder aufgehoben. Gerade auch angesichts der Herausforderungen durch die Energiewende ist das ein unschätzbare Wettbewerbsfaktor im Sinne der Verbraucher. Angebotsvielfalt, Wahlfreiheit und das Gemeinwohl stehen jetzt wieder im Vordergrund.

Zu starken Kommunen gehört auch eine Stärkung der Beteiligungsrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger. Es ist das erklärte Ziel der Landesregierung, aus Betroffenen Beteiligte zu machen und vermehrt auf den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu setzen. Zu diesem Zweck wurde eine Vielzahl von Maßnahmen bereits umgesetzt.

- Wir haben die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst durch die Novelle zum Landespersonalvertretungsgesetz wieder gestärkt. Die Beschäftigten erhalten dadurch wieder echte Mitwirkungsmöglichkeiten. NRW wird so wieder zum Mitbestimmungsland Nr. 1.

- Die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungen in den nordrhein-westfälischen Gemeinden, Städten und Kreisen wird erleichtert, indem die für den Erfolg eines Bürgerentscheids maßgeblichen Quoren gesenkt werden. In Städten mit bis zu 100.000 und Kreisen mit bis zu 500.000 Einwohnern sollen zukünftig 15 Prozent ausreichen, in größeren sogar nur noch zehn Prozent. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten damit bessere Chancen, ihre Anliegen durchzusetzen und – vor allem bei Großprojekten – gestaltend auf die Kommunalverwaltung einzuwirken.

- Im Rahmen von Bürgerbegehren besteht nun auch die Möglichkeit zur Abwahl von Bürgermeistern und Landräten vor Ablauf ihrer Amtszeit. Zur Demokratie gehört nicht nur die Wahl, sondern auch die Möglichkeit zur Abwahl.

- Mit der Wiedereinführung der Stichwahl bei Kommunalwahlen haben wir ein gutes Stück Demokratie wiederbelebt. Damit haben wir dem demokratischen Grundprinzip „Mehrheit entscheidet“ wieder mehr Gewicht verliehen und gleichzeitig die Legitimation der Gewählten gestärkt.



■ Transparenz, Information und Partizipation sind die zentralen Eckpfeiler einer Open-Government-Strategie des Landes. Wir nutzen dazu intensiv die neuen Medien, um eine stärkere Bürgerbeteiligung zu erzielen. Über Dialogforen erhalten die Menschen in unserem Land zusätzliche Möglichkeiten, sich an Diskussionen zu landespolitischen Themen zu beteiligen und mitzuwirken. Dies wurde erstmals erfolgreich umgesetzt im Rahmen der Haushaltsberatungen 2011. Aktuell finden Online-Konsultationen zum „Medienpass NRW“, zum Jugendmedienschutz und zur Entwicklung einer neuen „EiWelt-Strategie“ statt.

Unser NRW – Land der Wirtschaft und Nachhaltigkeit

Eine starke Wirtschaft, eine gesunde Umwelt und eine Verbraucherpolitik, bei der die Bürgerinnen und Bürger sicher sein können – das ist unser Dreiklang in der Wirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik. Dabei setzen wir auf Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Ressourcen- und Energieeffizienz genauso wie auf Innovationen, Forschergeist und Wettbewerbsfähigkeit. Unsere Politik ist geprägt von Erneuerung und Verläss-

lichkeit und setzt auf Dialog. Hier haben wir wichtige Eckpfeiler gesetzt:

■ Die „Handwerksinitiative Nordrhein-Westfalen“ entwickelt Fördermaßnahmen des Landes für das Handwerk fort und ergänzt diese durch neue Handlungsstrategien. Erfolgreiche Förderhilfen, wie die Meistergründungsprämie, und institutionelle Ansätze, wie die Zukunfts-Initiative Handwerk Nordrhein-Westfalen, werden fortgesetzt. Mit neuen Instrumenten, wie dem Wachstumscheck Handwerk und dem Innovationsgutschein Handwerk, werden Gründungen, Wachstum und die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft gefördert. Das Land stellt für die Initiative in den Jahren 2011 und 2012 rund 20 Millionen Euro bereit.

■ Das Wohnraumförderungsprogramm 2011 setzt neue Schwerpunkte: Wir fördern den Mietwohnungsbau vor allem auf angespannten Wohnungsmärkten sowie für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung. Für die energetische Sanierung des Wohnungsbestands werden zudem zinsgünstige Darlehen zur Verfügung gestellt. Und mit einer Änderung des Nachbarrechtsgesetzes haben wir die Anbringung von Wärmedämmun-

gen an bestehende Bauten erleichtert, um die Energieeffizienz zu erhöhen und ganz konkret Heizkosten zu sparen.

■ Wir haben über den Bundesrat maßgebliche Verbesserungen und Veränderungen beim Atomausstieg erstritten – insbesondere, dass die Atomkraftwerke stufenweise abgeschaltet werden, ist Nordrhein-Westfalen zu verdanken. Aber auch massive Verbesserungen der anstehenden Energiewende hätte es ohne Nordrhein-Westfalen und ohne den Druck der Bundesländer nicht gegeben.

■ Wir haben den Wettbewerb „Ressource.NRW“ gestartet: Produzierende Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen mit Investitionsvorhaben zu effizienten und innovativen Produktionsabläufen oder Produkten können sich um Fördermittel in Höhe von 39 Millionen Euro bewerben. Der Wettbewerb steht unter dem Motto „Gesucht: Die besten Ideen für mehr Ressourceneffizienz“ und richtet sich insbesondere an kleine und mittelständische Unternehmen, die in der Produktion Ressourcen effizient einsetzen.

■ Um Lebensmittelskandale künftig möglichst zu verhindern und einen wir-

kungsvollen Beitrag zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten, setzen wir auf eine schlagkräftige Umweltverwaltung mit jeweils 100 zusätzlichen Stellen innerhalb von drei Jahren. Die ersten 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bereits eingestellt. Denn nur eine gut aufgestellte Umweltverwaltung kann für mehr Transparenz, Qualität und Information in der Verbraucherpolitik sorgen.

■ Der neue Windenergieerlass soll dazu beitragen, den Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung von heute drei auf 15 Prozent in 2020 zu erhöhen. Denn der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung muss bundesweit bis 2020 auf mindestens 40 Prozent steigen. Die Windkraft wird einen wesentlichen Teil dazu beitragen.

■ Die neue Verbraucherzentralen-Vereinbarung, die auch fünf neue Beratungsstellen umfasst, stärkt die Kompetenz und Handlungsfähigkeit der Verbrauchzentrale NRW. Ab 2011 werden dafür jährlich eine Million Euro mehr zur Verfügung gestellt.

■ Mit dem Aktionsplan „Unbedenkliche Futtermittel, sichere Lebensmittel, Transparenz für den Verbraucher“ haben



wir die richtigen Konsequenzen aus dem Dioxin-Skandal gezogen. Das Engagement Nordrhein-Westfalens bei der wirksamen Bekämpfung von Lebensmittelkandalen war Grundlage für einen gemeinsamen Aktionsplan der Länder und des Bundes, der aktuell auf der Bundesebene umgesetzt wird.

- Das Konzept zur bundesweiten Einführung der „Restaurant-Ampel“ erfolgt auf Initiative und unter maßgeblicher Federführung von Nordrhein-Westfalen. Damit soll stufenweise ein Transparenz-System für Lebensmittelkontrollen zum 1. Januar 2012 eingeführt werden. Bei den regelmäßigen amtlichen Kontrollen werden sogenannte Risikopunkte vergeben. Die Skala ist in drei Risiko-Gruppen unterteilt, die durch Farben symbolisiert werden: Grün = Null bis 40 Punkte, Gelb = 41 bis 60 Punkte, Rot = 61 bis 80 Punkte.

- Eine gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen veranlasste bundesweite Gesetzesinitiative über den Bundesrat zur „unerlaubten Telefonwerbung“ ist mit dem Ziel in den Bundestag eingebracht worden, belästigende Telefonanrufe zu unterbinden.

Unser NRW – Land der guten Arbeit

Gute Arbeit ist eine der stärksten Säulen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie sichert Einkommen, einen guten Lebensstandard und schafft Selbstbewusstsein, das Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Gute Arbeit ist Garant für den sozialen Frieden in unserem Land. Voraussetzung dafür sind faire Löhne, eine leistungsgerechte Bezahlung für Frauen und Männer, familienfreundliche Arbeitsbedingungen und echte Mitbestimmung durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Real sind wir konfrontiert mit einer noch immer viel zu hohen Arbeitslosigkeit und einer wachsenden Kluft zwischen denen, die gut verdienen und denjenigen, die trotz Vollzeiterwerbstätigkeit über kein ausreichendes Einkommen verfügen.

Infolge des demografischen Wandels droht laut der Unternehmensberatung Prognos gleichzeitig ein dramatischer Fachkräftemangel von etwa 630.000 Menschen bis zum Jahr 2020. Hier leistet unser vorbeugender Politikansatz „Kein Kind mehr zurücklassen“ einen wesentlichen Beitrag, um den ange-

kündigten Fachkräftemangel möglichst gering zu halten. Denn alle wissen: Wenn wir nicht heute damit beginnen, unsere Kinder besser für ein Berufsleben zu befähigen, dann wird dieser Fachkräftemangel nur noch größer. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung eine Reihe von Maßnahmen gestartet.

- Die Initiative zur Fachkräftesicherung im Mittelstand und das „Sonderprogramm Qualifizierung und Innovation zur Fachkräftesicherung“, das gemeinsam von Arbeitgebern, Kammern und Arbeitsverwaltungen getragen wird, stellen die Weichen für die Zukunftsfähigkeit unseres Mittelstandes. Über verschiedene Landesprogramme stehen dafür bis 2015 bis zu 50 Millionen Euro bereit.

- Mit der Bundesrats-Initiative zum Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wurde erreicht, dass eine Lohnuntergrenze für Leiharbeit in das Gesetz der Bundesregierung aufgenommen wurde. Unser Ziel ist ein flächendeckender, existenzsichernder Mindestlohn. Außerdem soll das Arbeitnehmerentendegesetz auf sämtliche Branchen ausgedehnt werden.

- Die Bundesrats-Initiative „Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Gleich-

berechtigung von Frauen und Männern in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen“ liegt dem Bundesrat vor. Damit leistet Nordrhein-Westfalen einen wichtigen Beitrag für die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote.

- Wir haben die „Landesinitiative Frau und Wirtschaft“ verabschiedet, mit der 16 Kompetenzzentren eingerichtet werden, um die berufliche Gleichstellung von Frauen deutlich voranzutreiben.

- Um dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen, haben wir ein ab Ende 2011 geltendes „Umlageverfahren Altenpflegeausbildung“ beschlossen.

- Wir haben die funktionsgerechte Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Justizwachtmeisterdienstes sichergestellt. Damit tragen wir auch der besonderen Anerkennung und Wertschätzung der schwierigen und verantwortungsvollen Tätigkeit dieser Berufsgruppe Rechnung.

- Seit dem 1. Januar 2011 werden 145 Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen erneut gefördert. Langzeitarbeitslose erhalten dadurch wieder Unterstützung durch vom Land geförderte unabhängige Beratung.



Unser NRW – Land der Zukunftsinvestitionen

Haushaltssolidierung und Vorbeugung: Das ist kein Widerspruch, sondern eine notwendige Ergänzung. Wir wollen die Schulden mit einer verantwortungsvollen Politik auf Null zurückführen. Zur Zukunftsfähigkeit gehört auch, dass unsere Kinder schon heute Rahmenbedingungen vorfinden, die ihnen ein gutes Aufwachsen und ein eigenverantwortliches Leben ermöglichen. Sie haben ein Recht auf frühe Förderung, die uns zudem spätere Kosten in weit höheren Dimensionen erspart. Deshalb: Jeder Euro, den wir heute für Bildung, Betreuung und Förderung junger Menschen ausgeben, ist eine gute Investition in die Zukunft.

Die Landesregierung verfolgt deshalb eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik, die beidem gerecht wird: Sie unternimmt notwendige Investitionen, ohne das Ziel der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung aus den Augen zu verlieren. Unsere Haushaltspolitik steht auf drei Säulen. Diese Säulen heißen: „Einnahmeverbesserungen“, „Aufgabenkritik“ und „Investitionen in die Zukunft“.

- Zur Verbesserung der Einnahmesituation des Landes haben wir die Erhöhung der Grunderwerbssteuer, das Wasserentnahmeentgeltgesetz und die Einstellung von zusätzlichen 200 Betriebsprüfern beschlossen. Dies sorgt für höhere Steuereinnahmen und zugleich für mehr Steuergerechtigkeit.
- Durch Einsparungen in anderen Bereichen und durch Steuermehreinnahmen konnte die Nettoneuverschuldung bereits auf 4,8 Milliarden Euro abgesenkt werden, nach 6,6 Milliarden Euro im Haushalt 2010.
- Für die „Aufgabenkritik“ haben wir Effizienzteams eingesetzt, die gemeinsam mit den Beschäftigten alle Aufgaben und Ausgaben des Landes kritisch analysieren und zusätzliche Sparvorschläge erarbeiten.
- Die „Investitionen in die Zukunft“, das sind vor allem 1,1 Milliarden Euro mehr für Kinder, Bildung und Vorbeugung im Landeshaushalt 2011. So sparen wir teure Reparaturkosten, die Ausgaben sinken, und gleichzeitig steigen die Wirtschaftskraft und die Einnahmen.

Bunte Mehrheiten

Nach nur einem Jahr kann die Minderheitsregierung beachtliche Erfolge vorweisen. Von den 36 Gesetzentwürfen, die die Landesregierung bzw. die sie tragenden Koalitionsfraktionen eingebracht haben, werden neun noch im Landtag beraten, die übrigen 27 wurden angenommen, und zwar:

- 11 davon mit Zustimmung der CDU-Fraktion,
- 14 davon mit Zustimmung der FDP-Fraktion,
- 16 davon mit Zustimmung der Fraktion Die Linke
- und sechs davon mit Zustimmung aller Fraktionen.

Die Abstimmungsergebnisse mit vielen bunten Mehrheiten zeigen: Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Landtag verpflichten die Regierung und die Opposition gleichermaßen, den konstruktiven Dialog in den Mittelpunkt der parlamentarischen Debatte zu rücken. Einmal mehr wird deutlich: Es geht am Ende immer nur um die Sache.

3

Unser NRW – weiter auf einem guten Weg.



Die Bilanz zeigt: Wir haben im ersten Jahr unserer Regierung viel erreicht. Der Einstieg in einen vorbeugenden Politikansatz ist gelungen. Wir werden unseren Weg konsequent fortsetzen, denn die vor uns liegenden Herausforderungen sind groß.

- Wir werden den Ansatz einer vorbeugenden Politik als Querschnittsthema für alle Politikbereiche weiterentwickeln. Wir wollen alle vorhandenen Projekte und Programme mit dem Ziel optimieren, Kinder an den Orten, an denen sie leben, zu befähigen, den Herausforderungen des Lebens gerecht zu werden.
- Wir werden das Kinderbildungsgesetz in einer zweiten Stufe überarbeiten. Dabei werden wir die pauschalierte Landesfinanzierung grundlegend überprüfen und an aktuelle Erfordernisse anpassen, mehr Flexibilität bei den Betreuungszeiten schaffen und weitere Qualitätsverbesserungen in den Einrichtungen, auch durch zusätzliches Personal, vornehmen.
- Wir wollen die historische Chance nutzen, nach Jahrzehnten von Disput und Uneinigkeit mit einem neuen Schulgesetz, das wir noch vor der Sommerpause im Landtag diskutieren wollen, einen

dauerhaften Schulkonsens zu erreichen, der allen Beteiligten Sicherheit und Verlässlichkeit bietet und unsere Kinder bestmöglich auf die Zukunft vorbereitet.

- Wir werden die kulturelle Bildung, z.B. durch das Landesprogramm „Kultur und Schule“, stärker mit dem Elementarbereich vernetzen und einen Kultur-rucksack einführen, damit mehr Kinder Erfahrungen mit Kunst und Kultur machen können.
- Wir werden das Tariftrueugesetz noch vor der Sommerpause in den Landtag einbringen. Damit nimmt die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion wahr. Wir wollen die öffentliche Auftragsvergabe um qualitative Kriterien und Standards erweitern. Wir wollen sicherstellen, dass bei öffentlichen Aufträgen Mindestlöhne als Untergrenze der Entlohnung gelten und eine Gleichstellung von Leiharbeitern und Festbeschäftigten in der Vergütung erreicht wird. Unternehmen sollen so vor unfairem Wettbewerb geschützt werden.
- Wir wollen Industrieland bleiben und dazu eine „Initiative Pro Industrie und Nachhaltigkeit“ ins Leben rufen. Im gemeinsamen Dialog mit betroffenen ge-



sellschaftlichen Gruppen aus Unternehmen, Kirchen, Umweltverbänden und Gewerkschaften werden wir ein Konzept erarbeiten, mit dem wir Industrie und Nachhaltigkeit für Nordrhein-Westfalen in Einklang bringen wollen.

- Wir werden noch in 2011 ein Konzept zur Optimierung des Verkehrs auf Autobahnen entwickeln. Hierzu gehören z.B. eine Verkehrsleitzentrale für besseres Baustellenmanagement oder die Telematik-Infrastruktur. Weitere Vorschläge werden im Rahmen der „TrafficTalks“ im Herbst dieses Jahres diskutiert.

- Wir werden einen neuen Landesentwicklungsplan auflegen, mit dem wir eine stärkere Ausrichtung auf eine nachhaltige Raumentwicklung erreichen wollen. Dazu gehört u.a. die Ausrichtung auf eine sparsame Inanspruchnahme von Flächen und die Anpassung der Raumordnungsziele an die Herausforderungen des Klimawandels. Wir werden die raumordnerischen Voraussetzungen schaffen für die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien, den vermehrten Einsatz von Nah- und Fernwärme und eine höhere Energieeffizienz im Rahmen räumlicher Planungen.

- Wir werden mit dem Klimaschutzgesetz, das nach der Sommerpause in den Landtag eingebracht wird, Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter in Sachen Klimaschutz machen. Die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen in Nordrhein-Westfalen soll bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990 verringert werden. Damit gebieten wir aber nicht nur dem Klimawandel Einhalt, sondern schaffen mit dem Fortschrittmotor Klimaschutz auch neue Arbeitsplätze, die die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes stärken.

- Wir werden ein Integrationsgesetz vorlegen, als konsequente Fortsetzung der Integrationsoffensive 2001, die von allen Fraktionen des Landtags getragen wurde. Wir wollen Integration als zentrale Aufgabe etablieren und damit mehr Verbindlichkeit und Verlässlichkeit garantieren. Dazu gehört auch der Start einer umfassenden Landesinitiative, damit mehr Menschen mit Migrationshintergrund eine Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung erhalten.

- Wir werden einen umfassenden Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle

– NRW inklusiv“ entwickeln. Im Dialog mit Akteuren, Betroffenen und Verbänden werden wir die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit März 2009 in Deutschland geltendes Recht ist, in allen Bereichen, besonders der Schule, umsetzen. Das heißt für die Schulen: Die Eltern erhalten das Recht, die allgemeine Schule für ihre Kinder mit Behinderung zu wählen. Dazu wollen wir die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen schrittweisen Ausbau des Gemeinsamen Unterrichts an allen Schulformen schaffen.

- Wir werden einen Aktionsplan gegen Homophobie unter Beteiligung aller Ressorts, Landtagsfraktionen und externen Expertinnen und Experten erarbeiten. Die Landesregierung steht für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung, in der Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben führen können.

Die Landesregierung hat ein erfolgreiches erstes Jahr absolviert. Wir werden weiter alles daran setzen, die nächsten Schritte einer sozialen und ökologischen Erneuerung Nordrhein-Westfalens zu gehen. Im konstruktiven Dialog

mit allen Fraktionen des Landtags wollen wir das Beste möglich machen – in gemeinsamer Verantwortung für unser Nordrhein-Westfalen.